Bereich 22 - Betriebswirtschaft und
Beteiligungsverwaltung, Controlling
Herr Larisch

Datum:
17.10.2023

Beschlussvorlage

Beschließendes Gremium:
Rat der Hansestadt Lüneburg

Kurzentrum Lüneburg Kurmittel GmbH - Gründung einer Gesellschaft Weisung an die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung

Beratungsfolge:

Öffentl. Status	Sitzungs- datum	Gremium
Ö	01.11.2023	Ausschuss für Wirtschaft, städtische Beteiligungen und Digitalisierung
N	07.11.2023	Verwaltungsausschuss
Ö	08.11.2023	Rat der Hansestadt Lüneburg

Sachverhalt:

Im Rahmen der Konzeptplanung der Gewinnung regenerativer Energien ist seitens der Kurzentrum Lüneburg Kurmittel GmbH gemeinsam mit dem Partner Avacon Wasser GmbH eine Möglichkeit entwickelt worden, einen Großteil der benötigten Energie (Fernwärme und Strom) sowohl durch die Gewinnung von Erdwärme als auch Sonnenenergie über PV zu substituieren.

Im Rahmen dieser Planungen ist auch eine Sanierung des Gradierwerkes vorgesehen, welches ebenfalls in das Energiekonzept über die Gewinnung von Sonnenenergie eingebunden ist.

Die Planungen, Finanzierung und Umsetzung des Konzeptes sollen durch eine zu gründende Projektgesellschaft, SALVA Lüneburg GmbH, erfolgen. Die Anteile werden sich 50:50 auf die Kurzentrum Lüneburg Kurmittel GmbH und die Avacon Wasser GmbH verteilen, welche jeweils 12.500 € Eigenkapital in die Gesellschaft einbringen werden.

Der entsprechende Gesellschaftsvertrag wurde in Absprache mit dem Notariat Becker & Kollegen, dem Beteiligungsmanagement der Hansestadt Lüneburg, der Kurzentrum Lüneburg Kurmittel GmbH und der Avacon Wasser GmbH abgestimmt und ist in der Anlage beigefügt.

Um die weiteren Planungen für das Energiekonzept SaLü fort setzen zu können, ist eine Zustimmung der entsprechenden Gremien der Hansestadt Lüneburg erforderlich. Die Gründung einer Projektgesellschaft (SALVA Lüneburg GmbH) soll zum 01.01.2024 erfolgen.

Die Absicht eine Projektgesellschaft zu gründen wurde von der Geschäftsführung der Kurzentrum Lüneburg Kurmittel GmbH bereits an mehreren Stellen vorgestellt. Auch im Aufsichtsrat der Kurzentrum Lüneburg Kurmittel GmbH wurde über die Gründung beraten, jedoch konnte keine Empfehlung ausgesprochen werden, da es zum Zeitpunkt der letzten Aufsichtsratssitzung noch zu viele Unklarheiten gab.

Folgenabschätzung:

A) Auswirkungen auf die Ziele der nachhaltigen Entwicklung Lüneburgs

	Ziel	Auswirkung positiv (+) und/oder negativ (-)	Erläuterung der Auswirkungen
1	Umwelt- und Klimaschutz (SDG 6, 13, 14 und 15)		
2	Nachhaltige Städte und Gemeinden (SDG 11)		
3	Bezahlbare und saubere Energie (SDG 7)	+	Produktion von Energie (Fernwärme und Strom)
4	Nachhaltige/r Konsum und Produktion (SDG 12)	+	Gewinnung durch Erdwärme und Sonnenenergie
5	Gesundheit und Wohlergehen (SDG 3)	+	Betrieb eines Schwimmbades zum Wohlergehen der Bürger
6	Hochwertige Bildung (SDG 4)		
7	Weniger Ungleichheiten (SDG 5 und 10)		
8	Wirtschaftswachstum (SDG 8)		
9	Industrie, Innovation und Infrastruktur (SDG 9)		
Die Ziele der nachhaltigen Entwicklung Lüneburgs leiten sich eng aus den 17 Nachhaltigkeitszielen (Sustainable Development Goals, SDG) der Vereinten Nationen ab. Um eine Irreführung zu vermeiden, wird durch die Nennung der UN-Nummerierung in Klammern auf die jeweiligen Original-SDG hingewiesen.			

B) Klimaauswirkungen

a) CO₂-Emissionen (Mehrfachnennungen sind möglich)

X Neutral (0): durch die zu beschließende Maßnahme entstehen keine CO₂-Emissionen

Positiv (+): CO₂-Einsparung (sofern zu ermitteln): _____ t/Jahr

und/oder

Negativ (-): CO₂-Emissionen (sofern zu ermitteln): _____ t/Jahr

b) Vorausgegangene Beschlussvorlagen

- Die Klimaauswirkungen des zugrundeliegenden Vorhabens wurden bereits in der Beschlussvorlage VO/ _____ geprüft.

c) Richtlinie der Hansestadt Lüneburg zur nachhaltigen Beschaffung (Beschaffungsrichtlinie)

- Die Vorgaben wurden eingehalten.
 - Die Vorgaben wurden berücksichtigt, sind aber nur bedingt anwendbar.
- oder
- X Die Beschaffungsrichtlinie ist für das Vorhaben irrelevant.

Finanzielle Auswirkungen:

Kosten (in €)

a) für die Erarbeitung der Vorlage:	35,00
aa) Vorbereitende Kosten, z.B. Ausschreibungen, Ortstermine, etc.	
b) für die Umsetzung der Maßnahmen:	keine
c) an Folgekosten:	keine
d) Haushaltsrechtlich gesichert:	
Ja	
Nein	
Teilhaushalt / Kostenstelle:	
Produkt / Kostenträger:	
Haushaltsjahr:	
e) mögliche Einnahmen:	keine

Anlagen:

Anlage 1: Gesellschaftsvertrag der SALVA Lüneburg GmbH

Beschlussvorschlag:

Beschlussvorschlag für den Verwaltungsausschuss:

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt dem Rat die Gründung der Gesellschaft SALVA Lüneburg GmbH sowie den dazugehörigen Gesellschaftsvertrag zu beschließen. Vorbehaltlich des Beschlusses des Rates werden die Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung der Kurzentrum Lüneburg Kurmittel GmbH werden angewiesen, der Gründung der Gesellschaft sowie dem Gesellschaftsvertrag zuzustimmen.

Beschlussvorschlag für den Rat:

Der Rat der Hansestadt Lüneburg beschließt die Gründung der Gesellschaft SALVA Lüneburg GmbH sowie den dazugehörigen Gesellschaftsvertrag. Des Weiteren wird der Geschäftsführer der Kurzentrum Lüneburg Kurmittel GmbH angewiesen alle hierfür erforderlichen Willenserklärungen abzugeben.

Beteiligte Bereiche / Fachbereiche:

Bereich 34 - Klimaschutz und Nachhaltigkeit

Stand 13.10.2023

Gesellschaftsvertrag

der

SALVA Lüneburg GmbH

Inhaltsübersicht

§ 1 – Firma, Sitz	3
§ 2 – Gegenstand des Unternehmens	3
§ 3 – Dauer der Gesellschaft, Geschäftsjahr.....	3
§ 4 – Stammkapital	3
§ 5 – Organe der Gesellschaft	4
§ 6 – Geschäftsführer und Vertretung	4
§ 7 – Geschäftsführung	4
§ 8 – Gesellschafterversammlung	5
§ 9 – Gesellschafterbeschlüsse	7
§ 10 – Gewinnverwendung	8
§ 11 Geschäftsbeziehungen zwischen der Gesellschaft und den Gesellschaftern	8
§ 12 – Wirtschaftsplan, Jahresabschluss	9
§ 13 – Verfügung über Geschäftsanteile	9
§ 14 – Bewertung, Einziehungsvergütung, Abfindung.....	10
§ 15 – Verschwiegenheitsverpflichtung	10
§ 16 – Informationsrechte der Kommune	11
§ 17 – Auflösung	11
§ 18 – Schlussbestimmungen	11

§ 1 – Firma, Sitz

- (1) Die Gesellschaft ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung und wird unter der Firma

SALVA Lüneburg GmbH

betrieben.

- (2) Die Gesellschaft hat ihren Sitz in Lüneburg.

§ 2 – Gegenstand des Unternehmens

- (1) Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb von wirtschaftlichen Photovoltaikanlagen sowie wirtschaftlichen Geothermiesystemen zur Substitution fossiler Energiequellen der Kurzentrum Lüneburg Kurmittel GmbH durch „grüne“ Energiequellen zur langfristigen Reduzierung des CO₂-Fußabdrucks.
- (2) Die Gesellschaft ist im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die geeignet sind, dem Unternehmensgegenstand zu dienen. Sie kann Zweigniederlassungen errichten und sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben auch anderer Unternehmen bedienen sowie zur Förderung des Gesellschaftszwecks andere Unternehmen verwandter Art erwerben, gründen oder sich daran beteiligen.
- (3) Die Gesellschafter vereinbaren, zuerst eine Finanzierung über Forfaitierung anzustreben. Sollte diese nicht möglich sein, vereinbaren die Gesellschafter neben der Eigenkapitaleinlage auf das Stammkapital im gesetzlichen erforderlichen Mindestumfang die Gesellschaft grundsätzlich anteilig entsprechend ihrer Beteiligung am Eigenkapital (pro-rata) finanziert wird. Die Finanzierung der Gesellschaft erfolgt durch die Gesellschafter durch Eigenkapital und, falls erforderlich, durch Gesellschafterdarlehen in einer angemessenen Höhe. Gesellschafterdarlehen sind zu gleichen Konditionen und Bedingungen zu begeben. Bei günstigen Marktbedingungen kann eine andere Art der Fremdfinanzierung (d.h. ohne Forfaitierung) ohne Rückgriff auf die Gesellschafter eruiert werden.

§ 3 – Dauer der Gesellschaft, Geschäftsjahr

- (1) Die Gesellschaft wird auf unbestimmte Zeit errichtet.
- (2) Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 4 – Stammkapital

- (1) Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000,00 EUR (in Worten: fünfundzwanzigtausend Euro). Es ist eingeteilt in 25.000 Geschäftsanteile zu je 1,00 EUR.
- (2) Folgende Geschäftsanteile werden gehalten:
 - a) von der Avacon Wasser GmbH die Geschäftsanteile Nr. 1 bis 12.500 zu je 1,00 EUR in Höhe von insgesamt 12.500,00 EUR,

- b) von der Kurzentrum Lüneburg Kurmittel GmbH die Geschäftsanteile Nr. 12.501 bis 25.000 zu je 1,00 EUR in Höhe von insgesamt 12.500,00 EUR.
- (3) Das Stammkapital ist erbracht.
- (4) Eine Nachschusspflicht im Sinne des § 26 GmbHG besteht nicht.

§ 5 – Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind:

1. die Geschäftsführung (§ 7)
2. die Gesellschafterversammlung (§ 8).

§ 6 – Geschäftsführer und Vertretung

- (1) Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer.
- (2) Die Gesellschaft wird durch einen Geschäftsführer einzeln vertreten, wenn er alleiniger Geschäftsführer ist oder wenn die Gesellschafter ihn zur Einzelvertretung ermächtigt haben. Sonst wird die Gesellschaft gemeinschaftlich durch zwei Geschäftsführer oder gemeinschaftlich durch einen Geschäftsführer und einen Prokuristen vertreten.
- (3) Die Gesellschafter können einen Geschäftsführer durch Gesellschafterbeschluss von den Beschränkungen des Selbstkontrahierens (§ 181 BGB) befreien, so dass er die Gesellschaft bei Rechtsgeschäften mit sich selbst oder mit sich als Vertreter eines Dritten vertreten kann. Der Beschluss bedarf der Mehrheit der vorhandenen Stimmen.
- (4) Die Geschäftsführung wird von der Gesellschafterversammlung für einen Zeitraum von höchstens fünf Jahren bestellt. Die Wiederbestellung ist zulässig.
- (5) Die Gesellschafterversammlung ist berechtigt, eine Geschäftsordnung für die Geschäftsführung zu erlassen, zu ändern oder zu widerrufen. Die Geschäftsführung kann in der Geschäftsordnung verpflichtet werden, bestimmte Geschäfte nicht ohne Zustimmung der Gesellschafterversammlung vorzunehmen. Unbeschadet hiervon bleiben etwaige Einschränkungen in den Anstellungsverträgen und Weisungen der Gesellschafterversammlungen.

§ 7 – Geschäftsführung

- (1) Die Geschäftsführung ist verpflichtet, die Geschäfte der Gesellschaft in Übereinstimmung mit dem Gesetz, diesem Gesellschaftsvertrag, der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung sowie Beschlüssen der Gesellschafter zu führen.
- (2) Die Geschäftsführung hat die Geschäfte der Gesellschaft stets mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns/einer ordentlichen Kauffrau zu führen, unter Beachtung der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen, der Bestimmungen dieses Vertrages und der Anweisung der übrigen weisungsberechtigten Organe der Gesellschaft.

- (3) Die Geschäftsführung hat die Geschäftsordnung der Geschäftsführung zu beachten.
- (4) Durch Gesellschafterbeschluss können weitere, über die in diesem Gesellschaftsvertrag und Abs. 3 hinausgehende zustimmungspflichtige Geschäfte der Gesellschaft festgelegt werden.

§ 8 – Gesellschafterversammlung

- (1) Die Gesellschafterin Kurzentrum Lüneburg Kurmittel GmbH wird von dem Oberbürgermeister/der Oberbürgermeisterin der Hansestadt Lüneburg (oder einem Vertreter gem. § 138 Abs. 2 Satz 2 NKomVG). Die Gesellschafterin Avacon Wasser GmbH wird durch einen von ihr benannten Vertreter/in vertreten.
- (2) Für folgende Angelegenheiten der Gesellschaft bedarf die Geschäftsführung der vorherigen Zustimmung der Gesellschafterversammlung:
 1. Geschäfte außerhalb des Rahmens des satzungsmäßigen Unternehmensgegenstandes,
 2. Verhandlung von Unternehmensverträgen (§§ 291 ff. Aktiengesetz),
 3. Gründung von Tochtergesellschaften, deren vollständige oder teilweise Veräußerung sowie deren Liquidation,
 4. Erwerb und Veräußerung von Beteiligungen an anderen Unternehmen,
 5. Entsendung von Vertretern/innen der Gesellschaft in Aufsichtsratsgremien von Unternehmen, an denen eine Beteiligung gehalten wird,
 6. Feststellung des Wirtschaftsplans (Erfolgs-, Liquiditäts-, Investitionsplan) sowie mittelfristige Finanzplanung und Nachtragswirtschaftsplan,
 7. die Auflösung der Gesellschaft und die Wahl der Liquidatoren/Liquidatorinnen,
 8. die Bestellung des Abschlussprüfers/der Abschlussprüferin,
 9. Beschlüsse über Kapitaleinlagen in Rücklagen,
 10. Beschlüsse über die Rückzahlung von Kapitaleinlagen aus Rücklagen,
 11. Festsetzungen eines Sitzungsgeldes sowie Modalitäten möglicher Erstattungen von geltend gemachten Aufwendungen,
 12. Befreiung der Geschäftsführung von den Beschränkungen des § 181 BGB,
 13. die Einleitung und Führung von Rechtsstreitigkeiten zwischen der Gesellschaft und einem Geschäftsführer;
 14. Abschluss, Änderung und Aufhebung von Verträgen mit Gesellschaftern sowie mit verbundenen Unternehmen bzw. deren Gesellschaftern;
 15. die Erteilung und der Widerruf von Prokura oder Generalvollmachten;
 16. Änderungen des Gesellschaftsvertrags;
 17. die Feststellung des Jahresabschlusses (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang), die Verwendung des Ergebnisses- wobei grundsätzlich ein Anspruch der Gesellschafter auf Gewinnausschüttung besteht- , die Entlastung der Geschäftsführung;
 18. die Bestellung und die Abberufung der Geschäftsführung sowie die dazugehörigen Anstellungs-/Dienstverträge und deren Änderungen;
 19. sonstige wichtige Angelegenheiten der Gesellschaft.

20. Für folgende Arten von Geschäften außerhalb eines genehmigten Wirtschaftsplans bedarf die Geschäftsführung der vorherigen Zustimmung der Gesellschafterversammlung:
- a. Übernahme von Bürgschaften und anderen Garantien an Dritte sowie Eingehung von Wechselverbindlichkeiten, sofern ein Betrag von 99.999 € überschritten wird.
 - b. Aufnahme und Gewährung von Krediten, sofern im Einzelfall ein Betrag von 99.999 € überschritten wird.
 - c. Erwerb, Veräußerung und Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten; sofern ein Betrag von 49.999 € überschritten wird.
 - d. Abschluss aller die Gesellschaft verpflichtenden Verträge sowie die Vornahme aller sonstigen Rechtsgeschäfte und Maßnahmen, wenn sie einen Betrag von 29.999 € übersteigen. Bei Dauerschuldverhältnissen berechnet sich der Wert nach dem Jahreswert der Leistungen.
- (3) Die Gesellschafterversammlung kann der Geschäftsführung in sämtlichen Angelegenheiten der Gesellschaft Weisungen erteilen, an welche diese gebunden ist.
- (4) Eine Gesellschafterversammlung ist alljährlich innerhalb der jeweiligen gesetzlichen Fristen abzuhalten, im Übrigen nach Bedarf. Die Gesellschafterversammlungen finden am Sitz der Gesellschaft oder virtuell in Form von Video- bzw. Internetkonferenzen statt, sofern nicht zwingendes Recht entgegensteht, nichts anderes zwischen den Gesellschaftern vereinbart wird oder in diesem Gesellschaftsvertrag etwas anderes bestimmt ist.
- (5) Außerordentliche Gesellschafterversammlungen sind einzuberufen, wenn es im Interesse der Gesellschaft erforderlich erscheint. Jeder Gesellschafter ist berechtigt dies unter Angabe des Zweckes schriftlich zu verlangen. Die Einberufungsfrist kann dabei in Abstimmung mit dem Vorsitzenden der Gesellschafterversammlung verkürzt werden.
- (6) Gesellschafterversammlungen werden vom/von der Vorsitzenden der Gesellschafterversammlung oder durch die Geschäftsführung einberufen. Jeder Geschäftsführer ist einberufungsberechtigt. Die Geschäftsführung beruft die Gesellschafterversammlung insbesondere ein, wenn Beschlüsse zu fassen sind oder die Einberufung aus einem sonstigen Grund im Interesse der Gesellschaft liegt. Jeder Gesellschafter kann die Einberufung einer Gesellschafterversammlung verlangen.
- (7) Gesellschafterversammlungen werden in Textform unter der Angabe von Ort, Tag, Zeit und Beifügung der Tagesordnung einberufen. Die Ladungsfrist beträgt bei ordentlichen Gesellschafterversammlungen 14 Tage. Dabei werden der Tag der Absendung und der Versammlungstag nicht mitgezählt.
- (8) Jeder Gesellschafter kann sich in Gesellschafterversammlungen durch einen anderen Gesellschafter oder einen zur Berufsverschwiegenheit verpflichteten Dritten vertreten lassen. Die Vertretungsbefugnis ist durch Vorlage einer schriftlichen Vollmacht nachzuweisen, falls nicht durch Gesetz die Vorlage einer notariellen Vollmacht erforderlich ist. Die Vollmacht kann Weisungen an den Vertreter enthalten.

- (9) Eine Gesellschafterversammlung ist nur beschlussfähig, wenn sie ordnungsgemäß einberufen wurde und 100 % des Stammkapitals vertreten sind. Die Teilnahme an einer physischen Gesellschafterversammlung per Telefon oder Video- bzw. Internetkonferenz und/ oder eine vergleichbare Methode der Übertragung ist zulässig. Sind weniger als 100 % des Stammkapitals vertreten, ist unter Beachtung der Formvorschrift des Abs. 7 unverzüglich eine neue Gesellschafterversammlung mit gleicher Tagesordnung einzuberufen, die dann ohne Rücksicht auf das vertretene Stammkapital beschlussfähig ist, falls hierauf in der Einberufung hingewiesen wird.
- (10) Sind sämtliche Gesellschafter anwesend oder vertreten und mit der Beschlussfassung einverstanden, so können Beschlüsse auch dann gefasst werden, wenn die für die Einberufung und Ankündigung geltenden gesetzlichen oder gesellschaftsvertraglichen Vorschriften nicht eingehalten worden sind.
- (11) Die Leitung der Gesellschafterversammlung übernehmen die Gesellschafter kalenderjährlich abwechselnd, beginnend mit der Avacon Wasser GmbH.
- (12) Soweit über eine Gesellschafterversammlung keine notarielle Niederschrift aufgenommen wird, ist über den Verlauf der Versammlung (zu Beweis Zwecken, nicht als Wirksamkeitsvoraussetzung) eine Niederschrift binnen vierzehn Tagen zu erstellen, in welcher der Tag und Ort der Versammlung, die Teilnehmer, die Tagesordnung, Anträge sowie der wesentliche Inhalt der Verhandlungen und die Abstimmungsergebnisse enthalten sind. Die Niederschrift ist durch den Versammlungsleiter nach Abstimmung mit den Gesellschaftern zu unterzeichnen. Jedem Gesellschafter ist unverzüglich nach der Erstellung eine Kopie der Niederschrift in Textform zuzuleiten.
- (13) Der Abhaltung einer Gesellschafterversammlung bedarf es nicht, wenn sich beide Gesellschafter/innen in Textform mit der zu treffenden Bestimmung oder mit der schriftlichen Abgabe der Stimmen einverstanden erklären. Gesellschafterbeschlüsse können daher, wenn beide Gesellschafter/innen einverstanden sind, auch schriftlich im Umlaufverfahren oder durch Telefax oder E-Mail ohne förmliche Gesellschafterversammlung gefasst werden.

§ 9 – Gesellschafterbeschlüsse

- (1) Die Beschlüsse der Gesellschafter werden in Gesellschafterversammlungen gefasst. Außerhalb von Gesellschafterversammlungen können sie, soweit nicht zwingendes Recht eine andere Form vorschreibt, auch in Textform gemäß § 126 b BGB, auch fernmündlich oder in Telefon- oder Videokonferenzen, gefasst werden, wenn sämtliche Gesellschafter an der Abstimmung teilnehmen. Kombinierte Verfahren mit einer Beschlussfassung zum Teil innerhalb, zum Teil außerhalb einer Versammlung oder außerhalb einer Versammlung durch die Kombination der Abstimmungsmöglichkeiten ist zulässig.
- (2) Soweit Gesellschafterbeschlüsse nicht notariell beurkundet wurden, ist über jeden außerhalb von Gesellschafterversammlungen gefassten Beschluss (zu Beweis Zwecken, nicht als Wirksamkeitsvoraussetzung) unverzüglich eine Niederschrift anzufertigen, welche den Tag und die Form der Beschlussfassung, die Tagesordnung und die Anträge sowie den wesentlichen Inhalt der Verhandlungen und die Abstimmungsergebnisse enthält. Die Niederschrift ist jedem Gesellschafter unverzüglich nach Anfertigung durch einen Gesellschafter in Textform zuzuleiten.

- (3) Die Gesellschafterversammlung trifft ihre Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der bestehenden Stimmen, soweit nicht das Gesetz, der Gesellschaftsvertrag oder die Gesellschafterversammlung eine abweichende Regelung trifft.
- (4) Die Gesellschafter sind jeweils auch in eigener Angelegenheit stimmberechtigt, es sei denn, dass ihre Befreiung von einer Verbindlichkeit oder die Einleitung eines Rechtsstreits gegenüber dem betroffenen Gesellschafter Gegenstand der Beschlussfassung ist. Der Stimmrechtsausschluss bei Einziehung des Geschäftsanteils bleibt unberührt.
- (5) Maßgebend für die Höhe des Stimmrechts sind die Geschäftsanteile gemäß § 4 dieses Vertrages. Jeder Geschäftsanteil gewährt eine Stimme. Mehrere Stimmen eines Gesellschafters sind einheitlich auszuüben.
- (6) Anfechtungsklagen gegen Gesellschafterbeschlüsse müssen innerhalb eines Monats nach Kenntniserlangung von der Beschlussfassung erhoben werden. Die Anfechtungsfrist ist nur gewährt, wenn innerhalb der Frist die Klage erhoben wurde. Eine Anfechtung ist ausgeschlossen, wenn seit der Beschlussfassung sechs Monate verstrichen sind. Bis zur rechtskräftigen Entscheidung der Nichtigkeit, sind die angefochtenen Gesellschafterbeschlüsse als wirksam zu behandeln.

§ 10 – Gewinnverwendung

- (1) Die Gewinnverteilung erfolgt grundsätzlich im Verhältnis der Geschäftsanteile. Mit Zustimmung aller Gesellschafter kann eine abweichende Gewinnverteilung vereinbart werden.
- (2) Die Gesellschafter haben Anspruch auf den Jahresüberschuss zuzüglich eines Gewinnvortrags und abzüglich eines Verlustvortrags (Vollausschüttung). Durch Beschluss über die Verwendung des Ergebnisses können die Gesellschafter auch von einer Gewinnausschüttung absehen und Beträge in die Gewinnrücklage einstellen oder auf neue Rechnung vortragen.
- (3) Im Übrigen gelten die Bestimmungen des § 29 GmbHG.
- (4) Der Gewinnanspruch ist nicht abtretbar oder in sonstiger Weise belastbar (Verpfändungen usw.).
- (5) Soweit ein Gesellschafter unberechtigt einen Gewinn aus der Gesellschaft entnimmt, hat er diesen der Gesellschaft zu erstatten.

§ 11 Geschäftsbeziehungen zwischen der Gesellschaft und den Gesellschaftern

- (1) Alle Geschäfte zwischen den Gesellschaftern und der Gesellschaft sowie zwischen der Gesellschaft und Unternehmen oder Personen, die einem Gesellschafter nahestehen, werden dergestalt abgewickelt, dass keiner Partei handelsunübliche, nicht genehmigte oder steuerlich nicht anerkannte Vorteile gewährt werden.

- (2) Im Falle der Zuwiderhandlung hat die Geschäftsführung den Vorteil von der begünstigten Partei zurückzuerlangen und den Anspruch - soweit gesetzlich zulässig - in die Jahresbilanz einzustellen. Die begünstigte Partei hat den Vorteil zurückzugewähren.

§ 12 – Wirtschaftsplan, Jahresabschluss

- (1) Die Geschäftsführung stellt rechtzeitig, spätestens vor Beginn des neuen Geschäftsjahres für das neue Geschäftsjahr einen Wirtschaftsplan auf. Der Wirtschaftsplan besteht aus dem Investitionsplan, Bilanzplan, Stellenplan, Finanz- und Erfolgsplan. Der Wirtschaftsplan ist von der Gesellschafterversammlung zum Ende des Geschäftsjahres für das folgende Geschäftsjahr zu beschließen. Zur Beschlussfassung bedarf es einer Mehrheit der vorhandenen Stimmen.
- (2) Jahresabschluss und Lagebericht sind von der Geschäftsführung gemäß der für die Rechtsform der Gesellschaft geltenden gesetzlichen Bestimmungen des HGB sowie des GmbHG aufzustellen und dem Abschlussprüfer, sofern gesetzlich vorgesehen, zur Prüfung vorzulegen. Dies hat innerhalb der gesetzlichen Fristen nach Ablauf des Geschäftsjahres für das vergangene Geschäftsjahr zu erfolgen.
- (3) Der Jahresabschluss ist – soweit erforderlich mit dem Prüfungsbericht des Abschlussprüfers - unverzüglich nach dessen Eingang den Gesellschaftern mit dem Vorschlag der Geschäftsführung zur Ergebnisverwendung vorzulegen.
- (4) Die Gesellschaft hat die Jahresabschlüsse und Unterlagen zur Aufstellung des konsolidierten Gesamtabchlusses der Hansestadt Lüneburg nach § 128 Abs. 4 bis Abs. 6 NKomVG zu führen und rechtzeitig bereit zu halten, damit eine Aufstellung des Gesamtabchlusses fristgemäß gem. § 129 Abs. 1 NKomVG durch die Hansestadt Lüneburg erfolgen kann.
- (5) Es findet § 158 NKomVG i.V.m. § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG) bei der Prüfung des Jahresabschlusses Anwendung. Den Gesellschafter/innen, dem Rechnungsprüfungsamt der kommunalen Gesellschafter/innen sowie dem Prüfungsamt der kommunalen Aufsicht stehen die in § 54 HGrG vorgesehenen Befugnisse zu. Darüber hinaus hat das Rechnungsprüfungsamt der kommunalen Gesellschafter/innen das Recht zur laufenden Prüfung der Wirtschaftsführung einschließlich der Kassen-, Buch- und Betriebsführung.

§ 13 – Verfügung über Geschäftsanteile

- (1) Geschäftsanteile, die voll eingezahlt sind (§ 33 Abs. 1 GmbHG) müssen vor Abtretung dem anderen Gesellschafter angeboten werden. Für die Bewertung gilt § 13. Lehnt dieser Gesellschafter die Übernahme ab oder ist er durch § 33 Abs. 2 GmbHG an der Übernahme gehindert, so ist die Abtretung an Dritte unter den weiteren Voraussetzungen des Abs. 2 zulässig.
- (2) Die Verfügung eines Gesellschafters über einen Geschäftsanteil oder einen Teil eines Geschäftsanteils bedarf zu ihrer Wirksamkeit der Genehmigung der Gesellschafterversammlung. Der Beschluss bedarf Einstimmigkeit.

- (3) Verfügungen im Sinne des Absatzes 1 sind insbesondere die Übertragung, Abtretung, oder eine Belastung des Geschäftsanteils.
- (4) Die Zustimmung gem. Abs. 2 ist zu erteilen, wenn die Übertragung an eine Gesellschaft erfolgt, an der der verfügende Gesellschafter mehrheitlich beteiligt ist und wenn der verfügende Gesellschafter und die Erwerberin sich für den Fall, dass der verfügende Gesellschafter nicht mehr mehrheitlich an der Erwerberin beteiligt ist, in dem der Übertragung zugrunde liegenden Vertrag zur Rückübertragung verpflichten und die Rückabtretung bedingt für diesen Fall vornehmen.
- (5) Die Verpfändung eines Geschäftsanteils, die Einräumung einer Unterbeteiligung daran, die Eingehung eines Rechtsverhältnisses, durch das ein Gesellschafter hinsichtlich seines Geschäftsanteils in eine treuhänderische Stellung gerät oder die Ausübung seiner Gesellschafterrechte an die Zustimmung eines Dritten bindet, und sonstige Belastungen sind unzulässig.

§ 14 – Bewertung, Einziehungsvergütung, Abfindung

- (1) Soweit nach diesem Gesellschaftsvertrag eine Bewertung von Geschäftsanteilen stattzufinden hat, so ist diese zum Stichtag des Ausscheidens des betroffenen Gesellschafters durch einen neutralen Gutachter wie folgt vorzunehmen:

Die Abfindung des ausscheidenden bzw. zur Übertragung des Geschäftsanteils verpflichteten Gesellschafters bestimmt sich nach dem Ertragswert, der nach den Grundsätzen der Durchführung von Unternehmensbewertungen zu ermitteln ist, die das Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) den Wirtschaftsprüfern zur Anwendung empfiehlt (nach gemeinsamer Festlegung der Parteien nach IDW S1 in der jeweils gültigen Fassung oder eines Nachfolgestandards). Der Wirtschaftsprüfer wird von den Gesellschaftern gemeinsam beauftragt und ist danach zu beauftragen, in der Funktion als neutraler Gutachter tätig zu werden, der mit nachvollziehbarer Methodik einen von den individuellen Wertvorstellungen der betroffenen Parteien unabhängigen Wert ermittelt. Die Gesellschafter übernehmen im Rahmen der Beauftragung auch die Kosten für die Wertermittlung.

Der wie vorstehend ermittelte Wert des Gesamtunternehmens bildet in jedem Fall die Obergrenze der Abfindung. § 740 BGB wird ausgeschlossen.

- (2) Besteht Streit über die Höhe des nach Absatz 1 ermittelten, an den ausscheidenden Gesellschafter zu zahlenden Entgelts, kann dieses nach Zustimmung beider Parteien ein Schiedsgutachter ermitteln. Hierfür benennen die Parteien einen Schiedsgutachter, der Wirtschaftsprüfer oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaft sein muss. Kommt eine Einigung über dessen Benennung nicht zustande, ist er durch die Wirtschaftsprüferkammer zu bestimmen.

§ 15 – Verschwiegenheitsverpflichtung

- (1) Jeder Gesellschafter ist verpflichtet, über vertrauliche Angelegenheiten, die ihm in seiner Eigenschaft als Gesellschafter im Rahmen einer Tätigkeit für die Gesellschaft zur Kenntnis gelangen, insbesondere über die Bilanzen sowie die Verhandlungen und Beschlüsse der Gesellschafter, Dritten gegenüber

Stillschweigen zu bewahren. Dies gilt nicht gegenüber Mitarbeitern von Konzernunternehmen der Gesellschafter im Sinne von § 18 AktG.

- (2) Diese Verschwiegenheitsverpflichtung besteht auch nach seinem Ausscheiden fort. Sie gilt nicht für die Vorlage von Bilanzen der Gesellschaft bei Banken. Außerdem darf jeder Gesellschafter vertrauliche Angelegenheiten Angehörigen eines zur Berufsverschwiegenheit verpflichteten rechts-, wirtschafts- oder steuerberatenden Berufs anvertrauen, wenn und soweit dies zur Wahrung seiner eigenen berechtigten Interessen erforderlich ist. Weitere Ausnahmen von der Schweigepflicht können im Einzelfall durch Gesellschafterbeschluss zugelassen werden.

§ 16 – Informationsrechte der Kommune

Es findet § 158 NkomVG i.V.m § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG) bei der Prüfung des Jahresabschlusses Anwendung. Der Gesellschafterin, dem zuständigen Rechnungsprüfungsamt der kommunalen Gesellschafterin sowie dem Prüfungsamt der kommunalen Aufsicht stehen die in § 54 HGrG vorgesehenen Befugnisse zu. Darüber hinaus hat das zuständige Rechnungsprüfungsamt der kommunalen Gesellschafterin das Recht zur laufenden Prüfung der Wirtschaftsführung einschließlich der Kassen-, Buch- und Betriebsführung.

Die Gesellschaft hat die Jahresabschlüsse und Unterlagen zur Aufstellung des konsultierten Gesamtabchlusses nach § 128 Abs. 4 – Abs. 6 NKomVG zu führen und rechtzeitig bereit zu halten, damit eine Aufstellung des Gesamtabchlusses fristgemäß gem. § 129 Abs. 1 NKomVG durch die Hansestadt Lüneburg erfolgen kann.

§ 17 – Auflösung

Die Auflösung der Gesellschaft erfolgt neben den durch das Gesetz oder diesen Vertrag geregelten Fällen durch Beschlussfassung der Gesellschafter, die einstimmig erfolgen muss.

§ 18 – Schlussbestimmungen

- (1) Soweit dieser Vertrag keine abweichenden Regelungen enthält, findet das GmbH-Gesetz Anwendung.
- (2) Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im elektronischen Bundesanzeiger.
- (3) Sollten sich einzelne Bestimmungen dieses Gesellschaftsvertrages ganz oder teilweise als ungültig oder undurchführbar erweisen, so wird dadurch die Gültigkeit des Vertrages im Übrigen nicht berührt. In einem solchen Fall sind die Gesellschafter verpflichtet, die ungültige oder undurchführbare Bestimmung durch diejenige gesetzlich zulässige oder durchführbare Bestimmung zu ersetzen, die den bezweckten wirtschaftlichen Erfolg in rechtlich gültiger Weise am besten erreicht. Entsprechendes gilt, wenn der Vertrag als Ganzes ungültig ist oder sich bei der Durchführung des Vertrages ergänzungsbedürftige Lücken ergeben sollten.

- (4) Alle das Gesellschaftsverhältnis betreffenden Vereinbarungen zwischen Gesellschaftern oder zwischen Gesellschaft und Gesellschaftern bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform, soweit sie nicht eines Gesellschafterbeschlusses oder notarieller Beurkundung bedürfen. Das gilt auch für den Verzicht auf das Erfordernis der Schriftform.
- (5) Die Gesellschaft trägt die mit der Gründung verbundenen Kosten (Kosten für Notar, Registergericht, Eintragung) in Höhe von bis zu 2.500 €. Darüber hinaus tragen die Gesellschafter die mit der Gründung verbundenen Kosten hälftig.